

Hilfe unter erschwerten Bedingungen

Online-Konferenz der im Inland tätigen Hilfsorganisationen

Durch die Coronavirus-Pandemie hat sich die Situation hilfsbedürftiger Menschen in Deutschland deutlich verschärft. Dieses Fazit zogen die Teilnehmer der Koordinierungskonferenz inländisch tätiger zahnärztlicher Hilfsprojekte. Veranstalter war erneut die Bundeszahnärztekammer.

Nach dem erfolgreichen Auftakt vor zwei Jahren musste die Bundesorganisation diesmal improvisieren: Wegen der Corona-Krise fand die Koordinierungskonferenz der inländischen Hilfsorganisationen nicht als Präsenz-, sondern als Online-Veranstaltung statt. „Gerade jetzt kommt es auf die Hilfe der Zahnärzteschaft an“, betonte der Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Dietmar Oesterreich, in seiner Begrüßung. Er lobte die selbst auferlegte ethische Verpflichtung der zahnärztlichen Hilfsprojekte, die sich wegen der Corona-Krise an etliche neue Gegebenheiten anpassen mussten.

Mangel an Schutzausrüstung

„Die Praxen für Menschen ohne Krankenversicherung waren mindestens sechs

Wochen lang geschlossen, da es keine Schutzausrüstung gab“, berichtete Dr. Karsten Heegewaldt, Vorstandsreferent der Bundeszahnärztekammer für Soziale Aufgaben/Hilfsorganisationen. „Das war ein riesiges Problem, insbesondere weil auch noch die niederschweligen Angebote weggefallen sind.“ Heegewaldt weiter: „Viele trauen sich auf normalem Weg nicht in die Praxis. Es braucht daher eine breitere Basis, gerade den Menschen zur Seite zu stehen, die keine Stimme und kein Sprachrohr haben. Sie fallen durchs System und werden übersehen.“

Ziel der zweiten Koordinierungskonferenz war es daher auch, die Plattform zum Austausch und Netzwerken zu erhalten – selbst in Corona-Zeiten. Unter schwierigen Bedingungen hätten Zahnmediziner versucht, ehrenamtlich Hilfe zu leisten und seien in dieser Ausnahmesituation noch einmal über sich hinausgewachsen. Dass soziales Engagement interdisziplinär funktioniert, aus der Mitte kommt und langfristig angelegt sein sollte, wurde Heegewaldt zufolge sehr deutlich. Darüber hinaus müsse das Signal jedoch auch in die Gesellschaft gelangen.

Zusätzlich seien gesetzliche Maßnahmen erforderlich, um Menschen ohne Krankenversicherung gesundheitliche Chancengleichheit zumindest auf einem Niveau zu ermöglichen, das für sie erreichbar ist. Oesterreich: „Es kann nicht sein, dass auf Dauer immer nur die akutesten Notfälle behandelt werden.“ Und es dürfe nicht noch einmal zu einer Unterbrechung der Versorgung kommen. „Die Pandemiebedingungen sind wie ein Brennglas“, schilderte der BZÄK-Vizepräsident die Situation. „Wir schauen zwar mit Stolz auf die Mundgesundheit der Gesamtbevölkerung, die deutlich besser geworden ist. Aber hier geht es ja um eine Bevölkerungsgruppe, die in den Untersuchungen überhaupt nicht erfasst wird.“ Die BZÄK wolle daher auch diejenigen Zahnärzte bestärken, die bislang noch gezweifelt und sich gefragt hätten, wie sie sich engagieren können. „Es geht um die ethische Verpflichtung. Nicht nur im konkreten Patientenfall in der Praxis, auch bei Problemen in der Gesellschaft muss sich der Berufsstand positionieren“, verdeutlichte Oesterreich.

Das Recht auf gesundheitliche Versorgung leitet sich aus dem Grundgesetz



Prof. Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer, lobte die selbst auferlegte ethische Verpflichtung der zahnärztlichen Hilfsprojekte.



Dr. Karsten Heegewaldt, Vorstandsreferent der Bundeszahnärztekammer für Soziale Aufgaben/Hilfsorganisationen, warb dafür, den Menschen zur Seite zu stehen, die kein Sprachrohr haben.

Fotos: BZÄK

ab, bekräftigte Gyde Jensen, menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag. Offiziell leben rund 61 000 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland – mit einer hohen Dunkelziffer. Schätzungen gehen derzeit von 500 000 Betroffenen aus. Vonseiten der Politik müsse daher mehr getan werden, damit diese Zahl zurückgeht – nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht.

Die geforderte soziale Distanzierung hielt Dr. Peter Bartmann, Leiter des Zentrums Gesundheit, Rehabilitation und Pflege der Diakonie Deutschland, für eine große Herausforderung. Die Helfer und Beratungsdienste müssten sich bei ihrer Arbeit herantasten und viel Ausdauer bei der gesundheitlichen Aufklärung zur Umsetzung von Covid-19-Maßnahmen beweisen. Gleichwohl sah Bartmann Fortschritte: „Viele Projekte stabilisieren sich wieder. In der Akutlage gab es eine große Hilfsbereitschaft. Jetzt muss die Gesellschaft schauen, wie sie die Post-Corona-Phase überstehen kann.“

Soziales Kapital

Den Zusammenhang von sozialer Kohäsion und Gesundheit veranschaulichte Prof. Dr. Stephan Dettmers, 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG). „Es gibt nicht nur ökonomisches

Kapital – auch Freundschaften, Netzwerke und Nachbarschaft bilden ein Kapital. Arme Menschen haben meistens von beidem zu wenig. Indem man das Netzwerk von Menschen verbessert, verbessert man auch ihr soziales Kapital“, sagte er. Bei vielen Kindern sei der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit schon am Zahnstatus erkennbar. Studien, an denen sowohl Kinder- als auch Zahnärzte mitwirkten, hätten gezeigt, dass inklusions- und integrationsorientierte Sozialarbeit die psychosozialen Folgen von gesundheitlichen Störungen eindämmen könne. Dettmers schlug vor, dass sich Zahnärzte mehr in ihrem regionalen sozialen Umfeld einbringen und auch einmischen sollten.

Evidenzbasierte Lösungen

Eine Fülle von Ansätzen und möglichen Lösungen für Migration und Integration in Deutschland präsentierte Ramazan Salman, Geschäftsführer des Ethno-Medizinischen Zentrums Hannover. Er plädierte für evidenzbasierte Lösungen und nannte als Beispiele das Projekt „Muttersprachliche Oralprophylaxe Mentoren“ (MOM) und das interkulturelle Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten“ (MiMi). Migranten müssten von der Bedeutung der Mundgesundheit überzeugt werden, doch fehle es hier an Anknüpfungspunkten in der Gesellschaft. Eine Brücke bilden könnten zum Beispiel Zahnmedizinische Fachangestellte, da in



Gyde Jensen, menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag, war live zugeschaltet.

diesem Beruf inzwischen überproportional mehr Personal mit Migrationshintergrund arbeite als in anderen Bereichen. Natürlich müsse die Datenlage evidenzbasiert erhoben werden, um Standards für alle Bundesländer entwickeln zu können.

In ihrer Zusammenfassung stellten Oesterreich und Heegewaldt fest, dass das Ehrenamt große Bedeutung für die Gesellschaft hat, insbesondere für Menschen, die durch das System gefallen sind. Gleichzeitig beklagten sie aber die geringe Wahrnehmung des zahnärztlichen Engagements auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle und aktuell in Zeiten der Corona-Pandemie.

Das Referat Soziales Engagement der Bayerischen Landes Zahnärztekammer möchte nun gemeinsam mit der Bundeszahnärztekammer und mit Sozialwissenschaftlern eine strukturierte Datenerhebung in deutschen Zahnstationen für Nichtversicherte entwickeln. Die Auswertung soll Vertretern der Politik und der Öffentlichkeit präsentiert werden, um endlich eine langfristige soziale Lösung für nichtversicherte Patienten zu finden.



Prof. Dr. Stephan Dettmers, 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen, verdeutlichte den Zusammenhang von sozialer Kohäsion und Gesundheit.



Dr. Martin Schubert
Referent Soziales
Engagement der BLZK